

28/5

Grüne verlangen Verbot des Automaten-Glückspiels

Kampagne - Ein gutes Geschäft ist es allemal. Nach Schätzungen wird die Gemeinde Wien heuer etwa 50 Millionen an Gebühren für das kleine Glückspiel (Spielautomaten) einnehmen. Pro Spielautomat kassiert die Gemeinde eine Aufstellgebühr von knapp über 1400 Euro pro Monat. Erst kürzlich wurden Pläne der Novoparc bekannt, im Prater eine zusätzliche Spielhalle mit 600 Spielautomaten zu errichten.

Der Nichtamtsführende Stadtrat der Grünen, David Ellensohn, verweist auf die negativen Nebenwirkungen: „Das kleine Glückspiel birgt großes Suchtpotenzial.“ In jenen vier Bundesländern (Wien, Niederösterreich, Kärnten, Steiermark), in denen das Automaten-Glücksspiel erlaubt ist, sei die Zahl der Spielsüchtigen rasant angestiegen. Zwar darf der Einsatz pro Spiel maximal 50 Cent betragen, aber trotzdem kann man auch mehrere hundert Euro pro Tag verspielen.

„Das kleine Glückspiel zerstört Jahr für Jahr tausende Existenzen und Fa-

milien“, beklagt Ellensohn. Die Grünen starten daher eine Unterschriftenaktion zum Verbot des kleinen Glückspiels in Wien.

Ein Hauptproblem sind nämlich die fehlenden Zugangskontrollen. Auch die Altersbeschränkung mit 18 Jahren wird kaum überprüft. Deshalb hat der frühere Justizminister Dieter Böhmendorfer im Auftrag eines Spielsüchtigen die Gemeinde Wien auf Schadensersatz geklagt.

Neues Gesetz Die Wiener SPÖ hat im vergangenen Jahr ein Landesgesetz mit Zugangskontrollen angekündigt. „Es gab Hinweise, dass der Bund ein solches Gesetz plant“, verweist SP-Clubobmann Walter Oxonitsch auf diverse Medienberichte. Wenn daraus nichts wird, werde man noch vor dem Sommer ein Landesgesetz beschließen. Der Wiener Jugendanwalt Anton Schmid tritt für Ausweiskontrollen und die Schließung von kleinen Glückspielräumen ein.

 INTERNET

www.ungluecksspiel.at